

22.10

Abgeordneter Paul Stich (SPÖ): Vielen Dank, Herr Präsident! Sehr geehrte Frau Bundesministerin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Es ist heute schon oft erwähnt worden: Wir leben in Zeiten großer Krisen – Krisen, die sich zu einem gewissen Grad teilweise auch mehrfach bedingen und beeinflussen und damit eigentlich zu einer Vielfachkrise werden, die für immer mehr junge Menschen eine zunehmende Belastung wird. Es gibt die Unsicherheit durch Kriege, es gibt die Wirtschaftskrisen, es gibt Klimakatastrophen wie das Hochwasser im vergangenen Jahr.

Wir sehen, dass durch all diese Krisen, die sich gegenseitig beeinflussen, auch die Zahl an jungen Menschen, die psychologische Hilfe in Anspruch nehmen und diese auch brauchen, in den letzten Jahren massiv steigt. Eigentlich finde ich es ja schön, dass man es in der Vergangenheit geschafft hat, diesen Faktor auch zu einem gewissen Grad außer Streit zu stellen: dass man nicht versucht, diverse andere Diskussionen in die Frage, wie es mit der psychischen Gesundheit von Jugendlichen aussieht, hineinzubekommen. Kollegin Berger schert da gerade ein bisschen aus, aber ich verzeihe es ihr jetzt mal in dem Zusammenhang, weil ich mich eigentlich tatsächlich fraktionsübergreifend – auch bei den Fraktionen, die in der Bundesregierung waren, als wir Oppositionsfraktion waren, und auch bei jenen Fraktionen, die jetzt Oppositionsparteien sind, wenn wir in der Regierung sind – dafür bedanken wollte, dass es in den vergangenen Jahren gelungen ist, das Thema psychische Gesundheit, das lange ein Tabuthema war und unter den Teppich gekehrt worden ist, dorthin zu holen, wo es hingehört: nämlich in den Mittelpunkt der politischen Debatte. Vielen Dank dafür! *(Beifall bei der SPÖ und bei Abgeordneten der ÖVP.)*

Auch, wenn es nicht ganz so scheint: Das ist nämlich das, wofür wir eigentlich da sind – Probleme zu lösen. Man könnte meinen, dass das in den Debatten, wie sie auch heute teilweise laufen, ein bisschen in Vergessenheit gerät. Trotzdem wissen wir, dass ganz viele weitere Schritte notwendig sind, denn für viele Jugendliche gibt es immer noch hohe Hürden: Geht es einem psychisch überhaupt wirklich so schlecht, dass man dafür mehrere Hundert Euro ausgeben muss? Wenn ja, kann man es sich überhaupt leisten? Verstehen das die Eltern überhaupt oder tun sie das als Fantasie ab und meinen einfach nur, man soll sich ein bisschen zusammenreißen und dann wird das schon? – Das sind die Fragen, die sich junge Leute in Österreich tagtäglich stellen. Die Antwort ist eben viel zu oft, dass man sich dann doch keine Hilfe holt, weil man sich eh selbst therapieren kann, weil man auf Social Media ein paar Mentalcoachings findet, ein paar legale oder halblegale Substanzen zu sich nimmt oder irgendwo sonstige Ablenkung findet. (Abg. **Reifenberger** [FPÖ]: *Was ist halblegal?*) Das ist natürlich ein Schmarrn, sowohl für die jungen Leute als auch für uns als Gesellschaft. Ich will in einer Welt leben, in der wir all diese Dinge nicht mehr diskutieren müssen, weil diese Argumente nicht mehr existieren, weil die Prävention so zugänglich ist, dass sie a) für alle Menschen da ist und b) nicht mehr der Kontostand entscheidet, ob man psychische Gesundheit ernst nehmen kann oder nicht. (Beifall bei der SPÖ.)

Was heißt das jetzt konkret? – Ein Ausbau des psychosozialen Angebotes an Schulen; mehr Geld für Prävention und gezielte Maßnahmen, um vor allem auch vorbeugend zu wirken, dass wir gar nicht in die Situation kommen. In Wahrheit ist es ja so: Wer einen guten Lohn bekommt, wer eine leistbare Wohnung hat, deren Miete im besten Fall gedeckelt ist, und wer in der Schule oder in der Ausbildung ohne ständigen Dauerdruck lernen kann, der hat weniger psychische Probleme. Die beste Prävention im Sinne der psychischen Gesundheit ist daher vor allem eine Politik, die ökonomisch absichert, die dafür

sorgt, dass die jungen Leute, die jeden Tag ihre Leistung bringen, sich keine Sorgen um ihr Leben machen müssen. Wer das will, hat in uns, in der Sozialdemokratie, einen verlässlichen Partner. – Vielen Dank. (*Beifall bei der SPÖ.*)

22.13

Präsident Dr. Walter Rosenkranz: Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet: Frau Abgeordnete Auinger-Oberzaucher. Eingemeldete Redezeit: 3 Minuten. – Bitte, Frau Abgeordnete.